

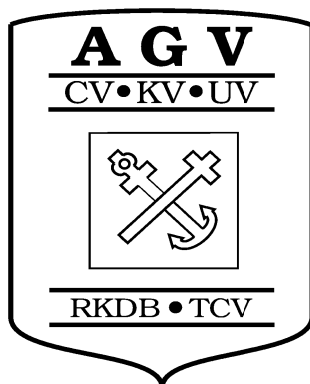
# AGV

Arbeitsgemeinschaft  
katholischer  
Studentenverbände

## Standpunkte

Herausforderung  
Generationengerechtigkeit

# Nr. 12



**Herausgeber:**

Arbeitsgemeinschaft katholischer  
Studentenverbände (AGV) e.V.

Luisenstr. 36

53129 Bonn

<http://www.agvnet.de>

[info@agvnet.de](mailto:info@agvnet.de)

ISBN: 978-3-00-030663-1

Bonn 2010

AGV-Standpunkte Nr. 12

# Herausforderung Generationengerechtigkeit

März 2010



# Inhalt

Vorwort	7
I. Einleitung	9
II. Finanz- und Fiskalpolitik	11
III. Bildungspolitik	13
IV. Sozialpolitik	15
V. Klima- und Energiepolitik	17
VI. Familienpolitik und demographischer Wandel	19
VII. Fazit	20
Über die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände e.V. (AGV)	21



## Vorwort

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) bezieht in diesem Positionspapier Stellung zu einer der wichtigsten Herausforderungen und vielleicht kontroversesten Debatten unserer Zeit: Generationengerechtigkeit. Als politische Vertretung von rund 10.000 katholischen Studentinnen und Studenten blicken wir mit großer Sorge auf die sich mehrenden Anzeichen für eine Vernachlässigung der Zukunft – der Zukunft unserer Generation – zugunsten der Gegenwart: Die Verteilung der Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer erwarteten Rekord-Neuverschuldung für den Bundeshaushalt 2010 ist ungeklärt. Reformen unserer offensichtlich nicht zukunftsfähigen Sozialsysteme bleiben im Ansatz stecken. Auch in der Bildungs-, Steuer- und der Energiepolitik fehlen tragfähige, nachhaltige Konzepte. Diese Liste lässt sich fortsetzen. Die politische Debatte kreist dagegen um Einzelfragen, während die großen Herausforderungen – zwangsläufig meist nur gegen die Besitzstandswahrung eines Großteils der Bevölkerung durchzusetzen – nicht angegangen werden.

Vor diesem Hintergrund formuliert die AGV Ideen und Anregungen, wie die Zukunft in unserem Land erfolgreich und nachhaltig gestaltet werden kann. Unsere Argumentation stützt sich auf die christlichen Überzeugungen der katholischen Studentenverbände, die wir vertreten – ordnungspolitisch verortet in der katholischen Soziallehre mit ihren Grundelementen Solidarität, Personalität und Subsidiarität.

Davon ausgehend haben die Präsidien der in der AGV zusammengeschlossenen Verbände dieses Papier verabschiedet. Wir möchten damit die Diskussion aus Sicht der jungen Generation mit prägen und erweitern.

Ein besonderer Dank gilt den AGV-Referenten für Grundsatz- bzw. Organisationsfragen, Philipp Awater, Till Kaesbach und Daniel Verscharen, die maßgeblich an der Redaktion und den Vorarbeiten zum nachstehenden Positionspapier mitgewirkt haben.

Für die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände



Bernd Schulte, Vorsitzender  
Bonn, den 1. März 2010



# I. Einleitung

Generationengerechtigkeit bedeutet für die AGV, dass sich politisches Handeln an christlicher Verantwortung für zukünftige Generationen und dem Gedanken der Nachhaltigkeit ausrichten muss. Eine weitergehende Forderung nach Egalitarismus, die in der Debatte um Generationengerechtigkeit oft vorgebracht wird, lehnen wir hingegen ab.<sup>1</sup> Vielmehr impliziert Generationengerechtigkeit auch soziale Gerechtigkeit.<sup>2</sup> Echter Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft ist schließlich nicht nur schicht-, sondern auch altersübergreifend zu gewährleisten, um den sozialen Frieden zu garantieren. Gerade deshalb ist Generationengerechtigkeit so unglaublich wichtig. Die Frage muss schließlich sein: In wie weit will, in wie weit kann die jüngere Generation den Generationenvertrag überhaupt noch einhalten, wenn ihr exorbitante Schulden aufgebürdet werden?

Die grundsätzlichen Lösungen liegen für die AGV auf der Hand: Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip fordern wir mehr private Initiative, mehr private Vorsorge, ein höheres Renteneintrittsalter, langsamere jährliche Rentensteigerungen und eine Familienpoli-

tik, die Eltern fördert statt entmutigt.<sup>3</sup> Dazu ist eine konsequente Strategie zum Abbau der Verschuldung der öffentlichen Haushalte unerlässlich.

Dabei erneuern wir unseren Appell an die Verantwortung von Politikern: Die notwendigen Konzeptionen einer freiheitlichen und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit respektierenden Politik im Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft müssen – sollen sie nicht Reißbrettspiele bleiben – auf Zukunft angelegt sein. Diese dauert aber länger als nur bis zum nächsten Wahltermin.<sup>4</sup> Generationenübergreifend muss sich das Bewusstsein entwickeln, die Zukunft nicht zugunsten der Gegenwart vernachlässigen zu dürfen. Die Bedeutung eines gelebten Austausches und Zusammenhaltes der Generationen ist dafür nicht zu unterschätzen. „Das Engagement aller Generationen ist Grundlage für das Gelingen gesellschaftlichen Zusammenlebens.“<sup>5</sup> Problematisch wird es, wenn die Älteren aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke so auf die Politiker einwirken, dass diese erst gar nicht wagen, entscheidende Schritte zur Re-

<sup>1</sup> Vgl. exemplarisch Butterwegge, Christoph (2006): Generationengerechtigkeit — politischer Kampfbegriff oder sinnvolle Neuinterpretation der sozialen Frage? Kritische Anmerkungen zu einem Kernaspekt des aktuellen Gerechtigkeitsdiskurses in Deutschland. In: Grasse, Alexander/Ludwig, Carmen/Dietz, Berthold (2006): Soziale Gerechtigkeit. S.119ff.

<sup>2</sup> Müntefering, Franz: Man wird sich bald an Mindestlöhne gewöhnen müssen. FAZ. 05.02.2007. S. 13.

<sup>3</sup> Diese Forderungen wurden schon vielfach erhoben, vgl. beispielhaft Stollorz, Volker: Die altersschwache Gesellschaft. FAZ. 17.08.2003. S. 52.

<sup>4</sup> Vgl. Wahl-Prüfsteine der AGV zur Bundestagswahl 2009. Im Internet: <http://www.agvnet.de/upload/Pressemeldungen/Wahl-Pruefsteine.pdf>. Abgerufen am 17.12.2009.

<sup>5</sup> Kruse, Andreas: Menschen stehen in Verantwortung. In: Die politische Meinung 12/2008, S. 15.

form der Sozialsysteme zu unternehmen.<sup>6</sup> Daraus leitet sich für die AGV der Appell an die junge Generation ab, sich verstärkt politisch zu engagieren und ihre Interessen gezielt in den politischen Prozess einzubringen.

Grundbedingung für unseren Erfolg ist unsere Leistungsbereitschaft. Ohne den nachhaltigen Willen, Spitzenleistungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zu bringen, kann die Bundesrepublik im globalen Wettbewerb nicht bestehen. Die Konsequenz eines Verlustes internationaler Wettbewerbsfähigkeit wäre ein relativer Verlust an gesamtgesellschaftlichem Wohlstand. Dieser wiederum würde zu Verteilungskonflikten innerhalb des nationalen Wohlfahrtsstaates führen. Das gilt es unbedingt zu vermeiden.

Im Folgenden sollen Politikfelder angesprochen werden, in denen Generationengerechtigkeit eine besondere Rolle spielt. Die AGV nimmt dabei Bezug auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, spricht Probleme an und bietet Lösungsvorschläge.

---

<sup>6</sup> Minderheitenschutz für die Jungen. FAZ. 16.10.2005. S.8.

## II. Finanz- und Fiskalpolitik

Die AGV betrachtet die derzeitige Finanz- und Fiskalpolitik mit großer Sorge. Die Folgen der größten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind noch keineswegs absehbar. Die Krise ist noch längst nicht überwunden. Das Prinzip der Generationengerechtigkeit und eines soliden Wirtschaftens aber wird politisch schon seit Jahrzehnten – auch in guten wirtschaftlichen Zeiten – missachtet. Dies gilt parteiübergreifend – für die rot-grünen und großen Koalitionen der Vergangenheit ebenso wie für die neue schwarz-gelbe Bundesregierung.

Jüngste Maßnahmen, wie zentrale Elemente des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, widersprechen den Grundlinien nachhaltiger und verantwortungsbewusster Politik. Auf Kosten neuer Schulden, die zukünftige Generationen abtragen müssen, werden Maßnahmen finanziert, die allenfalls zu kurzfristigen, auf Vorzieheffekten beruhenden Erfolgen führen mögen, deren nachhaltige Wirkung jedoch äußerst zweifelhaft bleibt. Die Frage, wer die Kosten der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise letztlich zu tragen hat, wurde bisher politisch völlig unzureichend thematisiert.

Ohne öffentliche Debatte werden die Lasten von heute an zukünftige Generationen in Form horrender Staatsverschuldung weitergereicht. Diese sozial ungerechte Politik verurteilt die AGV auf das Schärfste. „Es ist dringend erforderlich, dass sich alle be-

teiligten Akteure auf ordnungspolitische Grundsätze rückbesinnen, um solchen konstituierenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft wie verlässliche Politik und stabiles Geld wieder zu jener Geltung zu verhelfen, ohne die eine freie Marktwirtschaft langfristig nicht lebensfähig ist.“<sup>7</sup>

Auch die unverhältnismäßige Subventionierung einzelner Branchen, z.B. der Automobilindustrie und des Hotel- und Gaststättengewerbes, lehnt die AGV ab. Vielmehr sollten sich die Blicke der Haushaltspolitik auf noch vorhandene Einsparpotentiale richten. Eine Anwendung der im Koalitionsvertrag aufgeführten „Goldenen Regeln“<sup>8</sup>, z.B. Notwendigkeitsprüfungen und verstärkte Orientierung an qualitativen Anforderungen für staatliches Handeln, wären große Schritte in die richtige Richtung. Die AGV fordert daher, verfügbaren fiskalpolitischen Spielraum zum Abbau der Rekordverschuldung von über 1,6 Billionen Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 20.245 € entspricht, zu nutzen, statt wie die neue Bundesregierung für das Kalenderjahr 2010 einen Haushalt mit nie da-

<sup>7</sup> Straubhaar, Thomas/Wohlgemuth, Michael/Zweynert, Joachim (2009): Rückkehr des Keynesianismus: Anmerkungen aus ordnungspolitischer Sicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 20/2009. S. 26.

<sup>8</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode (2009). Im Internet: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091024-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>, abgerufen am 10.01.2010, S. 19.

gewesener Nettoneuverschuldung einzu-  
bringen.<sup>9</sup> Sonst wird durch politischen Ein-  
griff nicht „Wohlstand für alle“<sup>10</sup>, sondern  
Schulden für Jedermann generiert und dem  
Einzelnen die Freiheit zur nachhaltigen Ge-  
staltung unserer Gesellschaft und zur Für-  
sorge für seine Mitmenschen genommen.

Die Verankerung der sogenannten „Schul-  
denbremse“ im Grundgesetz stellt unter Be-  
weis, dass die Politiker weder sich selbst  
und noch weniger ihren zukünftigen Nach-  
folgern zutrauen, solide zu wirtschaften.  
Grundsätzlich ist es zwar als sinnvoll zu er-  
achten, durch Maßnahmen ähnlich den  
Maastricht-Kriterien Haushälter in Bund,  
Ländern und Kommunen zu Sparsamkeit zu  
verpflichten. So kann in der Theorie verhin-  
dert werden, dass eine Generation auf Kos-  
ten der nächsten über ihre Verhältnisse lebt.  
Es wird sich allerdings noch zeigen müs-  
sen, wie die Ausnahmetatbestände in Zu-  
kunft zu bewerten sind und ob sie genügend  
Handlungsspielraum gewährleisten, um auf  
unvorhersehbare Ereignisse, wie z.B. Na-  
turkatastrophen reagieren zu können.  
Selbstverständlich muss ausreichend Platz  
für Investitionen bleiben, deren Nutzen in  
der Zukunft die gegenwärtigen Kosten  
übersteigt. Hier gilt es, notwendige und  
nachhaltige Maßnahmen von solchen zu  
trennen, die kurzfristig und ausschließlich  
gegenwartsorientiert sind. Investitionsent-  
scheidungen dürfen insbesondere nicht auf-  
grund von parteipolitischen Überlegungen  
und wahltaktischen Motiven getroffen wer-  
den. Stattdessen müssen Freiheiten für die

heute noch unbekanntem Werte und Präfe-  
renzen zukünftiger Generationen geschaf-  
fen werden.<sup>11</sup>

Insgesamt fordert die AGV die Bundesre-  
gierung auf, sich klarer einer transparenten  
und nachhaltigen Haushalts- und Fiskalpo-  
litik zu verpflichten. Diskussionen um  
Schatten- oder Nebenhaushalte müssen un-  
bedingt vermieden werden, die Ausführun-  
gen im Koalitionsvertrag dürfen keine Lip-  
penbekenntnisse bleiben. Beispielhaft für  
zukunftsweisende Investitionen seien die  
Bereiche Bildung, Forschung, Infrastruktur,  
Familie und Klima- bzw. Energie genannt,  
die uns aufgrund ihrer Nachhaltigkeit be-  
sonders förderungsbedürftig erscheinen.  
Vor allem muss der Fokus der öffentlichen  
Ausgaben im Bereich der Bildungspolitik  
gesetzt werden.

---

<sup>9</sup> Bund der Steuerzahler. <http://www.steuerzahler.de/>, abgerufen am 10.01.2010.

<sup>10</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und  
FDP zur 17. Legislaturperiode (Fn 10). S. 9.

---

<sup>11</sup> Barbier, Hans (2010): Für die Besserwisser.  
FAZ: 26.01.2010. S. 11.

### III. Bildungspolitik

Dass Bildung und Wissen die wichtigsten – weil nachwachsenden – Ressourcen unseres Landes sind, scheint sich nachhaltig im Bewusstsein der Bevölkerung verankert zu haben. Die gegenwärtige Generation muss massiv in die Bildung ihrer Kinder und Jugendlichen investieren, um ihren Wohlstand auch in Zukunft sicherstellen zu können. Die AGV begrüßt das Bekenntnis der neuen Bundesregierung zur „Bildungsrepublik Deutschland“ und die damit versprochenen Mehrinvestitionen in Bildung.

Staatlichem Handeln darf aber nicht die alleinige Verantwortung übertragen werden: Die AGV spricht sich schon seit einigen Jahren nicht nur für ein stärkeres Engagement des Staates, sondern auch der Wirtschaft aus. Private Unternehmen müssen noch intensiver als bisher Schulen und Hochschulen unterstützen und so ihren Beitrag an der hervorragenden Ausbildung späterer Fach- und Führungskräfte leisten. Der Aufbau eines privaten Stipendiensystems, bezahlte Praktika, Trainee-Angebote für Bachelor-Absolventen könnten erste, sofort wirksame Maßnahmen darstellen. Bereits im AGV-Standpunkte-Papier „Bildung im Wettbewerb: Die Hochschule von morgen“ aus dem Jahr 2005 heißt es: „Wir fordern aber auch von der Wirtschaft, die namentlich die Studienzeiterkürzung bis zum Bachelor unterstützt hat, eine tatsächliche Nachfrage nach Absolventen mit den neuen

Abschlüssen.“<sup>12</sup> Das vielfach von Personalverantwortlichen vorgebrachte Argument, dieser neue Abschluss beinhalte keine ausreichende Qualifikation, ist inakzeptabel. Undurchsichtige Bildungsreformen dürfen nicht auf dem Rücken der Studenten von heute ausgetragen werden.

Allerdings lassen sich auch positive Aspekte finden, das Thema „Bildung“ scheint auf den Agenden der Regierungsparteien angekommen zu sein. Der Vorschlag der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, Bildungsguthaben für Neugeborene zu schaffen, bietet eine sinnvolle Mischung aus zukunftsorientierter Bildungs- und Familienpolitik.<sup>13</sup> Zusätzliche Investitionen alleine sind aber nicht ausreichend. Genauso bedarf es optimaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, um das höchstmögliche Maß an Profit aus der größten Ressource unseres Landes, der Bildung, zu schlagen. In vielen Fällen sind diese Rahmenbedingungen noch defizitär, wie z.B. an den Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Abiturs nach 12 Jahren oder der inkonsistenten Schulpolitik einiger Bundesländer deutlich wird. Eine unilaterale Umstellung auf 6 gemeinsame Grundschuljahre ist nicht zielführend.

<sup>12</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (2005): Standpunkte Nr. 10. Bildung im Wettbewerb: Die Hochschule von Morgen. Im Internet: [http://www.agvnet.de/upload/Positionen\\_und\\_Publikationen/Standpunkte\\_Nr\\_10.pdf](http://www.agvnet.de/upload/Positionen_und_Publikationen/Standpunkte_Nr_10.pdf). S.18.

<sup>13</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode (Fn. 10), S. 60.

Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

Die AGV ruft alle Interessengruppen und insbesondere Studentenvertretungen auf, von gewaltsamen Protesten und Besetzungen Abstand zu nehmen und in einen konstruktiven Dialog mit den Verantwortlichen zu treten. Auch sollte privates Engagement junger Leute, die außerhalb der Institutionen Bildungsangebote bereitstellen und sich für benachteiligte Jugendliche engagieren, mehr öffentliche Anerkennung und Zuwendung erfahren. Gemeinwohlorientierung ist eine der wichtigsten Stützen einer funktionierenden Gesellschaft.

Gleichsam muss auch die ältere Generation verstärkt in den Fokus der Förderung gerückt werden. Die AGV erachtet lebenslanges Lernen für notwendig, um den Menschen zu helfen, den immer schnelleren technologischen Wandel zu meistern und nicht zu Fortschrittsverlierern zu werden. Auch kann es sich unsere alternde Gesellschaft nicht leisten, auf die Kompetenzen und das Fachwissen der Älteren zu verzichten. Sei es in der längeren Lebensarbeitszeit oder im Ehrenamt: Wer bereit und in der Lage ist, einen Beitrag zu leisten, darf nicht auf das Altenteil abgeschoben werden, Altersdiskriminierung muss verhindert werden.

## IV. Sozialpolitik

Generationengerechtigkeit setzt voraus, dass alle Generationen, jung und alt, im Bedarfsfall in den Genuss der existierenden wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitssysteme kommen können.<sup>14</sup> Durch die ausufernde Staatsverschuldung, insbesondere bei der Rentenversicherung, scheint das jedoch alles andere als gesichert. Der Staat wird in der Zukunft nach Ansicht von Experten<sup>15</sup> nur noch eine den Lebensunterhalt sichernde Mindestrente garantieren können. Darüber hinaus ist staatlich geförderte Privatvorsorge gefragt.<sup>16</sup> Diese muss sich jedoch in einem für die heutige Generation vertretbaren Rahmen bewegen, ohne deren gegenwärtig verfügbares Einkommen und damit ihre Freiheit übermäßig einzuschränken.

Als eindeutiges Signal gegen Generationengerechtigkeit betrachtet die AGV daher die so genannte Rentengarantie. Wir begrüßen zwar die Bestrebung, jeglicher Form von Altersarmut vorzubeugen und jenen, die in ihrem Leben viel geleistet haben, auch durch angemessene Rentenzahlung eine ad-

äquate Würdigung zukommen zu lassen.<sup>17</sup> Allerdings ist die Entkoppelung von Renten und Löhnen ein fatales Signal. Arbeitnehmern, die durch Kurzarbeit oder sinkende Reallöhne ihr verfügbares Einkommen schwinden sehen, stehen Rentner gegenüber, die auch in Zeiten gesamtwirtschaftlicher Verwerfungen durch garantierte Rentenhöhe kaum Einbußen zu verzeichnen haben. Wir werten das als ungerechtfertigten Bruch des Generationenvertrages, der zudem noch politisch völlig unnötig und lediglich auf kurzfristige Wahlinteressen ausgerichtet war. Die neue Bundesregierung ist daher aufgefordert, diese falsche und kurzfristige Regelung wieder abzuschaffen.

Eine generationengerechte, zukunftsorientierte Reform der sozialen Sicherungssysteme muss dringend auf die politische Agenda.<sup>18</sup> Die AGV fordert, der jetzigen intergenerationellen Umverteilung durch stärkere Berücksichtigung demographischer Faktoren ein Ende zu setzen. Die AGV begrüßt daher die grundsätzlichen Bemühungen der neuen Bundesregierung, die Lohnnebenkosten konstant zu halten. Um diesem Ziel aber auch langfristig Rechnung tragen zu können, fordert die AGV, den Gesundheitsfonds wieder abzuschaffen. Ein Instrument, welches durch den sogenannten morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich ein-

<sup>14</sup> Pofalla, Ronald: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit. In: Die Politische Meinung 4/2006, S. 7.

<sup>15</sup> Roos, Lothar (2004): Die Katholische Soziallehre und die Reform des Sozialstaates. BKU-Diskussionsbeiträge Nr. 29. S. 24.

<sup>16</sup> Vgl. Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände (2009): Standpunkte Nr. 11. Verantwortungsvolle Sozialpolitik im 21. Jahrhundert. Im Internet: [http://www.agvnet.de/upload/Positionen\\_und\\_Publikationen/Standpunkte\\_Nr\\_11\\_Sozialpolitik.pdf](http://www.agvnet.de/upload/Positionen_und_Publikationen/Standpunkte_Nr_11_Sozialpolitik.pdf). Abgerufen am 10.01.2009.

<sup>17</sup> Vor diesem Hintergrund und unter Vorsorgeaspekten ist auch eine Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz IV als sinnvoll zu erachten.

<sup>18</sup> Vgl. im Detail AGV-Standpunkte Nr. 11. (Fn. 18)

zelne Krankenkassen für schlechte Risiken belohnt, ist kontraproduktiv und wettbewerbsfeindlich. Sein Versagen kommt durch die akute Notwendigkeit für einzelne Kassen, für 2010 Zusatzbeiträge zu erheben, klar zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang ist die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen, noch mehr als bisher Anstrengungen zu unternehmen, um die Kostenexplosion im Gesundheitssystem einzudämmen<sup>19</sup> und es gleichermaßen als „leistungsfähigstes System der Welt“<sup>20</sup> zu erhalten.

---

<sup>19</sup> Vgl. Roos (Fn 17). S. 18

<sup>20</sup> Handelsblatt 19.05.2009: FDP-Experte Bahr: Gesundheitsfonds abschaffen.  
[http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fdp-experte-bahr-gesundheitsfondsabschaffen;](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fdp-experte-bahr-gesundheitsfondsabschaffen;2283822)  
2283822, Abgerufen am 26.11.2009.

## V. Klima- und Energiepolitik

Die wichtigste Aufgabe einer nachhaltigen und damit generationengerechten Energiepolitik ist der weltweite Klimaschutz. Die Schöpfung ist den Menschen aller Zeiten anvertraut, soll also auch den künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Im Sinne des Solidaritätsprinzips ist die jetzige Generation den nachkommenden verpflichtet, das gilt gerade in der Klima- und Energiepolitik.<sup>21</sup>

Deutschland stellt sich dieser globalen Herausforderung, die Bundesregierung ist in der Vergangenheit mit gutem Beispiel vorgegangen. Durch die Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde bereits frühzeitig ein erster, wenn auch verbesserungswürdiger Schritt getan, um eine gezielte Förderung alternativer Energieformen anzustoßen und damit einen rücksichtsvolleren Umgang mit konventionellen Energieträgern zu forcieren. Entsprechend nimmt Deutschland sowohl in der EU als auch im weltweiten Vergleich eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung alternativer Energieerzeugungsmethoden und der Installation von regenerativen Kraftwerken ein. Die AGV befürwortet eine nachhaltige, ideologiefreie, verantwortungsbewusste und damit ökonomisch vernünftige Energiepolitik, die die Bewahrung der Schöpfung in den Mittelpunkt stellt.

Verantwortungsvolle Energiepolitik erfordert jedoch, im Einzelfall verschiedene Energieerzeugungsmethoden sorgfältig abzuwägen. Wenig effiziente Klimaschutzmaßnahmen, die Grundnahrungsmittelpreise in unsoziale Höhen treiben, das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich belasten oder für die öffentliche Hand äußerst kostenintensiv sind, schaden auch der jungen Generation mehr, als sie Nutzen bringen. Investitionen müssen dort getätigt werden, wo sie den meisten Erfolg versprechen und gleichzeitig helfen, den Klimawandel zu bekämpfen. Auch hier wäre eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Instrumente und Anreize statt ideologiegetriebener Subventionierung sinnvoll, um die Entwicklung regenerativer Energien voranzutreiben und ein unter allen Gesichtspunkten optimales Ergebnis zu erzielen.

Viele der in der öffentlichen Debatte verwendeten Argumente, von Journalisten und Politikern gleichermaßen, werden dem komplexen Thema nicht gerecht. Die Betrachtung des derzeitigen Energiemixes und der europäischen Stromimporte zeigt, dass die regenerativen Energien Deutschland auch mittelfristig nicht vollständig versorgen können. Die AGV teilt die Ansicht der Bundesregierung, dass die Kernenergie solange ein wichtiger Bestandteil des Energiemixes bleiben muss, bis alternative Energieträger flächendeckende Versorgung gewährleisten können. Eine Laufzeitverlängerung einzelner Kraftwerke ist vor diesem Hintergrund in Betracht zu ziehen, solange

---

<sup>21</sup> Vgl. Ockenfels, Wolfgang F. (1992). Kleine katholische Soziallehre. Eine Einführung – Nicht nur für Manager. Ordo Socialis – Beiträge zur Gesellschaftspolitik Nr. 31. S. 52.

die Sicherheit der Anlagen gewährleistet ist und sie sich technisch auf dem neusten Stand befinden. Dazu gehört auch eine ehrlich und ideologiefrei geführte Diskussion über Zwischen- und Endlagerung von Reststoffen konventioneller Energieträger. Hier ist von Politikern mehr politischer Mut und Überzeugungskraft gefordert, auch ungeliebte Positionen sachlich und wahrnehmbar zu vertreten.

Dass neue Technologien, wie z.B. das Einlagern von CO<sub>2</sub> in unterirdischen Speicherräumen (CSS), bisher in Deutschland gescheitert sind, hängt u.a. auch mit der mangelnden Aufklärung der Unternehmen zusammen. Hier muss, insbesondere beim Mittelstand, mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden. Eine Weiterentwicklung der Speicher- und Erzeugungstechnologie ist unumgänglich und hat das Potenzial, ein für Deutschland bedeutender Wirtschaftszweig zu werden. Ebenso entbindet ein bewusster Umgang mit den endlichen Ressourcen nicht von der Pflicht, die Suche nach flächendeckend brauchbaren nachwachsenden Rohstoffen zu intensivieren. Gleichzeitig ist jeder Einzelne aufgefordert, seinen Lebensstil auf Konsumismus und die daraus für Umwelt und Klima entstehenden Schäden hin zu überprüfen.<sup>22</sup>

Eine solche nachhaltige und ideologiefreie Energiepolitik hilft in der Gegenwart, finanzierbaren, in Deutschland erzeugten Strom zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig mindert sie die Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland. Sie hilft auch, im Hinblick auf den Klimawandel die Leistungsfähigkeit regenerativer Energieträger

voranzutreiben. Mit beidem gemeinsam sind gegenwärtige und künftige Generationen gleichermaßen gut aufgestellt.

<sup>22</sup> Benedikt XVI. (Fn 2). S. 44.

## VI. Familienpolitik und demographischer Wandel

Der demographische Wandel ist eine der großen Herausforderungen für die junge Generation und eine immer dringlicher werdende Gefahr für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.<sup>23</sup> Um dieser Gefahr entgegen zu wirken, müssen Anreize für die Bildung von Familien und ein umfassendes Betreuungsangebot für Junge und Alte geschaffen werden, welches die arbeitende Bevölkerung entlastet.

Der Koalitionsvertrag spricht von einem flächendeckenden Ausbau der Tagespflege und einer Entlastung der Eltern, ohne dabei die Wahlfreiheit der Eltern in Frage zu stellen. Dies allein kann aber beispielhaft nur ein Instrument von vielen sein, um zu verhindern, dass sich die Bevölkerungspyramide weiter in ihr Gegenteil verkehrt. Denn selbst wenn es mit einem breiten Mix familienpolitischer Maßnahmen in Verbindung mit gelungener Zuwanderung mittelfristig gelingen sollte, den Trend umzukehren, wird das im besten Fall nur sehr langfristig Einfluss auf das demographische Profil unserer Gesellschaft haben.<sup>24</sup> Ende 2009 ist eine solche Trendwende aber keinesfalls abzusehen. Im Gegenteil: Noch sind die Auswirkungen der Verschiebungen nur zu erahnen, wenn 2030 die „Babyboomer“ der 1960er Jahre in Rente gehen, von denen nur jeder Dritte eigene Kinder hat. Familien

aber sind der Garant für den nachhaltigen Ausgleich zwischen den Generationen.

Daher fordert die AGV mehr Unterstützung für junge Paare, die sich noch in der Ausbildung befinden. Die Einrichtung von kostenlosen Kitas an Universitäten wäre ein richtiges Signal. In diesem Zusammenhang begrüßt die AGV die Entscheidung, gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch steuerlich nicht auf eine Stufe mit Familien zu stellen. Insgesamt muss der familiären Gemeinschaft innerhalb einer durch Nächstenliebe gekennzeichneten Gesellschaft wieder stärkere Anerkennung zukommen.<sup>25</sup> Sie ist die Keimzelle unseres menschlichen Miteinanders. Einer christlich-demokratisch geführten Bundesregierung kommt damit der Auftrag zu, dem im Art. 6, Abs. 1 des Grundgesetzes festgeschriebenen besonderen Schutz von Ehe und Familie wieder neues Leben einzuhauchen.

---

<sup>23</sup> Vgl. AGV-Standpunkte Nr. 11. (Fn 18). S. 19.

<sup>24</sup> Shklar, Judith N (2003): Kein Generationenkrieg. In: Herder Korrespondenz 1/2003, S. 1.

---

<sup>25</sup> Benedikt XVI. (Fn 2). S. 38.

## VII. Fazit

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, wie vielschichtig und schwierig sich die Debatte um Generationengerechtigkeit gestaltet. Das darf jedoch nicht davon abhalten, sich den drängenden Problemen zu stellen, deren nachhaltige Lösung insbesondere für die junge Generation, aber genauso für die gesamte Bevölkerung in unserem Land von primärer Bedeutung ist. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände ist überzeugt, dass nur gemeinsam und unter Einbeziehung aller Beteiligten intergenerational ein dauerhafter Erfolg erzielt werden kann. „Die Projekte für eine ganzheitliche menschliche Entwicklung dürfen daher die nachfolgenden Generationen nicht ignorieren, sondern müssen zur Solidarität und Gerechtigkeit zwischen den Generationen bereit sein, indem sie den vielfältigen Bereichen – den ökologischen, juristischen, ökonomischen, politischen und kulturellen – Rechnung tragen.“<sup>26</sup> Dazu ist aus unserer Sicht zuallererst eine an Nachhaltigkeit orientierte Finanzpolitik notwendig, die finanziellen Spielraum für zukünftige Investitionen, insbesondere in Wissenschaft, Forschung und Bildung, schafft. Begleitend müssen in zentralen Politikfeldern wie der Familien-, Energie-, und Sozialpolitik unverzüglich die notwendigen Weichenstellungen unternommen werden. Die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise bieten ein Politikfenster, das genutzt werden muss, bevor der folgende Aufschwung die

Bereitschaft für die einschneidenden und ggf. schmerzhaften Reformen sinken lässt. Die AGV fordert auf Grundlage des vorliegenden Standpunktepapiers Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, Generationengerechtigkeit ganzheitlich in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte zu rücken. Die isolierte Diskussion einzelner Politikfelder läuft hingegen Gefahr, den Blick für das Ganze und damit für eine nachhaltige Zukunft, die auch der jungen Generation Raum für Wachstum und Innovation lässt, zu verlieren.

<sup>26</sup> Ebd. S. 13.

# Über die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V.

## Zusammensetzung

Die AGV ist der Zusammenschluss von derzeit fünf katholischen Studentenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland:

- **CV** Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
- **KV** Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine
- **UV** Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS
- **RKDB** Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften
- **TCV** Technischer Cartellverband

Die AGV repräsentiert in ihren Mitgliedsverbänden rund 10.000 organisierte katholische Studierende an fast allen Universitäten, Fachhochschulen und Gesamthochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

## Entstehung

Bereits im Jahr 1926 schlossen sich die katholischen Studentenverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um gemeinsame Interessen nach innen und außen effizienter zu vertreten. Nach der Selbstauflösung bzw. dem Verbot der

Verbände als staatsfeindliche Organisationen im Dritten Reich war nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 mit der Gründung der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) der Versuch unternommen worden, der gesamten katholischen deutschen Studentenschaft eine neue Struktur zu geben. Damit sollte die Pastoral an den Hochschulen gefördert und die gesellschaftliche Stellung der katholischen Studierenden gestärkt werden. Die Zusammenarbeit funktionierte bis Ende der sechziger Jahre, als die Studentenbewegung auch ihre Auswirkungen auf die Hochschulgemeinden hatte. 1969 kam es zur Trennung der Verbände von der KDSE und sie schlossen sich am 13. November 1969 wieder zur Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AkStV) zusammen. Im März 1973 beschloss die Deutsche Bischofskonferenz schließlich eine Neuordnung der Präsenz der Kirche im Hochschulbereich. Es wurde eine Arbeitsstelle für pastorale Arbeit im Hochschulbereich eingerichtet; ferner wurde je eine Arbeitsgemeinschaft für die Gemeinden und die Verbände vorgeschlagen. Die Arbeitsgemeinschaft der Gemeinden (AGG) wurde am 1. Dezember 1973 gegründet. Die Verbände folgten am 18. Juli 1974, indem sich die AkStV in anderer Form neu konstituierte, mit dem Kürzel AGV, um damit die Arbeitsgemeinschaft der Verbände als zwei-

te Säule neben der AGG deutlich zu machen.

## **Ziele**

Die AGV will die Zusammenarbeit der katholischen Studenten und ihrer Verbände zur Förderung und Stärkung des katholischen akademischen Lebens in Deutschland wirkungsvoll und dauerhaft gestalten. Insbesondere strebt sie aus christlicher Verantwortung für Kirche, Staat und Gesellschaft an:

- christliche Grundwerte und Belange im akademischen Bereich zu verwirklichen und zu verteidigen,
- gemeinsame Anliegen katholischer Studenten im öffentlichen Leben zu wahren und zu vertreten,
- Aufgaben der Kirche durch Mitwirkung im Laienapostolat zu fördern und zu erfüllen.

Die AGV koordiniert, unterstützt und fördert dabei die Vielfalt des Wirkens katholischer Studenten und sucht die Einheit in der Vielfalt nach innen und außen.



**Arbeitsgemeinschaft  
katholischer Studenten-  
verbände (AGV) e.V.**

Luisenstr. 36, 53129 Bonn

[www.agvnet.de](http://www.agvnet.de)

**ISBN: 978-3-00-030663-1**